



**B**efindet die deutsche Wirtschaft sich nach sechs Jahren der Rezession und Stagnation im Aufschwung? Technisch gesehen dürfte dies der Fall sein. Vom vierten Quartal 2025 bis zum zweiten Quartal 2026 hat die deutsche Wirtschaft mit Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Höhe von 0,3 und 0,4 Prozent real zugelegt. Die Stimmungsindikatoren für die deutsche Wirtschaft, vor allem der Ifo-Index der Geschäftserwartungen, stiegen seit April 2026 Monat für Monat an. Die Entwicklung der Auftragseingänge ist noch mit Vorsicht zu genießen – angesichts der Großaufträge, die durch Verteidigungsprojekte oder aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität gewährt werden. Aufgrund der überraschend höheren Exportnachfrage aus dem EU-Ausland heben die Konjunkturforscher mittlerweile aber ihre Prognosen für das laufende und kommende Jahr auf mehr als ein Prozent an.

Das ständige Schielen auf die Konjunktur verschleiern den Blick auf die Strukturprobleme Deutschlands, die sich in einer weiterhin daniiederliegenden privaten Investitionstätigkeit zeigen. Von einem Aufschwung kann hier bislang keine Rede sein. Zwar steigen die ausländischen Direktinvestitionen im Vergleich zum Jahr 2024. Sie sind aber noch immer weit von den dynamischeren Jahren seit 2010 entfernt. Die Strukturprobleme werden offenbar, wenn man Deutschland mit anderen Ländern vergleicht. Das gilt vor allem im Vergleich mit der Schweiz.

Seit dem Jahr 2019 ist das deutsche BIP real und über die gesamte Zeit kumuliert nur um 1,8 Prozent gewachsen. Das Schweizer BIP erhöhte sich im gleichen Zeitraum real und kumuliert um 14,1 Prozent. Die Arbeitslosenquote betrug in Deutschland im August 2026 saisonbereinigt 6,5 Prozent, in der Schweiz im Juli 2026 saisonbereinigt 3,1 Prozent. Die Inflationsrate lag in der Schweiz zwischen 2020 und 2025 bei 1,0 Prozent im Jahr, in Deutschland bei 3,9 Prozent im Jahr. Im August betrug die Teuerung in Deutschland 2,9 Prozent zum Vorjahresmonat, in der Schweiz 0,8 Prozent. Die Schweiz kann somit auf ein angemessenes Wirtschaftswachstum bei Preisstabilität und Vollbeschäftigung verweisen. Deutschland kämpft hingegen mit Stagnation, höherer Inflation und steigender Arbeitslosigkeit.

Was macht die Schweiz besser? Fragt man deutsche Familienunternehmen, dann kommt fast immer die Schweiz als Vorbild. Das dürfte übertrieben sein. Verkären sollte man das Bild nicht. Schweizer Wirtschaftsforscher sehen durchaus Handlungsbedarf.

Was macht die Schweiz besser? Stellt man die Frage den Anhängern der Parteien links von der politischen Mitte in Deutschland, so landet man schnell beim Vorwurf des Trittbrettfahrers aufgrund der Teilhabe am EU-Binnenmarkt, ohne EU-Mitglied zu sein. Oder bei der Behauptung, die Schweiz sei eine Steueroase und ermögliche Steuerhinterziehung. Oder gar bei den nachrichtenlosen jüdischen Vermögen aus der Zeit des Nationalsozialismus.

Das ist wiederum ein Zerrbild der Realität, das nicht durch Daten und empirische Analysen gestützt ist. Einer wirtschaftshistorischen Betrachtung hält der Hinweis auf das Verhalten der neutralen Schweiz während des Zweiten Weltkriegs nicht stand. Allenfalls kann die Verschönerung des Kapitalstocks der Schweizer Wirtschaft, indem so gut wie keine durch Kriegsteilnahme entstehenden Zerstörungen auftraten, eine nachrichtlose Vermögen aus der Zeit des Nationalsozialismus als Erklärung für die wirtschaftliche Lage der Schweiz herangezogen werden.

Ähnliches gilt für den Vorwurf der Ermöglichung von Steuerhinterziehung. Die Schweiz engagiert sich schon seit Längerem gegen Geldwäsche und Steuerhinterziehung. Das Bankgeheimnis ist mittlerweile gelockert. Zwar ist die Schweiz seit Längerem durch hohe Kapitalzuflüsse gekennzeichnet. Allerdings fließt mehr Kapital aus dem Land ab, als hineinfließt. Die Schweiz ist Netto-kapitalexporteur und verzeichnet entsprechende Leistungsblanzüberschüsse. Das hält schon über längere Zeit an und hat mit der stark exportorientierten Wirtschaft sowie den hohen privaten und institutionellen Sparquoten zu tun. Die Altersvorsorge in der Schweiz ist in erheblichem Maße durch die kapitalgedeckte zweite Säule, die Pensionskassen, dominiert.

Die Schweiz kann nicht nur einen international bedeutsamen Finanzplatz vorweisen, mit einem der global größten Vermögensverwalter, UBS, und einer Vielzahl sehr erfolgreicher kleinerer privater Vermögensverwalter und Banken. Sie überzeugt zudem mit einer leistungsfähigen Industrie, etwa im Pharmabereich, mit Roche und Novartis als multinationalen Konzernen, von der chemischen Industrie bis zur Lebensmittelwirtschaft, mit Nestlé als dem größten Lebensmittelkonzern der Welt, aber auch im Maschinenbau und der Medizintechnik.

Insgesamt ist die Schweiz Wirtschaft durch eine Vielzahl mittelständischer Unternehmen gekennzeichnet und sieht sich strukturell zusammen mit Baden-Württemberg und der Lombardie im Klub der heimischen Weltmarktführer des Mittelstands. Allerdings schwächeln die baden-württembergische und die lombardische Industrie im Vergleich zur Schweiz mittlerweile sehr.

Historisch betrachtet war die Schweiz ein Spitzreiter der industriellen Revolution und galt daher bis zum Ende des 19.



Geliebte direkte Demokratie: die Landsgemeinde, hier in Appenzel

Foto: AFP

# Der Bürger hat immer das letzte Wort

Regelmäßig liegt die Schweiz in Vergleichen der Wettbewerbsfähigkeit in der Spitzengruppe. Deutschland dagegen wird immer wieder nach unten durchgereicht. Warum geht es der Schweiz wirtschaftlich besser? Einen wichtigen Einfluss haben die direkte Demokratie und der wettbewerbsfähige Föderalismus.

Von Lars P. Feld

Jahrhunderte als Armenhaus Europas. Auswanderungswellen aufgrund von Armut und wirtschaftlicher Not waren die Folge. Zwar führte die Gründung des Bundesstaats im Jahr 1848 mit der Abschaffung von Zöllen zu einem einheitlichen Binnenmarkt, allerdings nur für einen Teil gehandelter Güter. Nichttarifäre Handelshemmnisse blieben in der Schweiz vor allem bei Dienstleistungen lange bestehen, teilweise bis heute. Der Binnenmarkteffekt konnte die Auswanderung nicht stoppen. Noch im Jahr 1888 wanderten 31.000 Personen aus der Schweiz aus, für das kleine Land mit einer damals noch geringen Bevölkerung war das eine große Zahl.

Erst zur Jahrhundertwende kam die Industrialisierung in der Schweiz voran.

Die zuvor genannten Industrien erlangten in dieser Zeit in der Schweiz größere Bedeutung. Über die beiden Weltkriege und die Zwischenkriegszeit nahm der Aufholprozess gegenüber den Vorräten der industriellen Revolution, allen voran das Vereinigte Königreich, Fahrt auf. Gleichwohl lag die Schweizer Wirtschaft im Jahr 1950 im internationalen Vergleich noch immer zurück; die Vereinigten Staaten hielten die wirtschaftliche Führungsposition in der Welt inne. Heute liegt das BIP der Schweiz pro Kopf (kaufkraftbereinigt und nominal) vor den USA sowie deutlich vor Deutschland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich.

Was macht die Schweiz besser? Sie macht vieles richtig. Sie verbindet ein liberales Arbeitsrecht mit einer hohen Absicherung von Arbeitnehmern – gelobte Flexibilität. Die Steuerbelastung ist überwiegend niedrig und das Sozialsystem trotzdem großzügig ausgebaut. Für eine relativ niedrige Steuerbelastung erhalten Unternehmen eine vorzügliche Infrastruktur.

Im Grundsatz ist aber der Liberalismus, die Gestaltung wirtschaftlicher und politischer Freiheit, entscheidend für den Erfolg der Schweiz. Dort geht individuelles Entscheidungsfeld, der Kern liberalen Verständnisses, mit der Selbstverantwortung für das eigene Handeln einher.

Obwohl „die Schweiz jenseits ihrer Verfassungsentität als solche nicht besteht, weil so vieles von Kanton zu Kanton verschieden ist, lässt sich das Selbstverständnis, eine genossenschaftliche Idee identifizieren. Die Schweizer Bürgerschaft versteht sich als Staat im eigentlichen Sinne. Dies gilt für die Gemeinden, die Kantone und für die Eidgenossenschaft gleichermaßen.

Die öffentliche Verwaltung, die Parlamente, die Gerichtspräsidenten oder die Regierungen sind von den Bürgern geschaffen, gewählt und mandatiert, um die richtigen politischen Weichenstellungen für die Zukunft des Landes zu stellen. Die Schweizer Bürger haben mit den Instrumenten der direkten Demokratie aber immer das letzte Wort. Mit den unterschiedlichen Formen des Referendums können aber Gesetze, Verordnungen oder Verfassungsänderungen durch ihr Veto aufhalten. Mit

der Volksinitiative können sie Veränderungen herbeiführen, die vom politischen Establishment vernachlässigt werden.

Dies führt, für sich genommen, zu einem anderen Staatsverständnis und Verhältnis der Bürger zum Staat. Regierung, Parlament, Gerichtsbarkeit und Verwaltung verstehen sich als Dienstleister, nicht als Obrigkeit in einem hierarchischen Verhältnis zu ihren Untertanen. Der Anspruch der Bürgerschaft ist entsprechend.

Im Verhältnis zu den Unternehmen sehen die staatlichen Institutionen die Chance, Wertschöpfung zu erzielen. Im Verhältnis zur Bürgerschaft verstehen sie sich als Berater auf der Suche nach pragmatischen Lösungen in einer immer komplexer werdenden Gesetzes- und Rechtslage. Dies ist natürlich nicht immer so und selbstredend von Kanton zu Kanton, von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich stark ausgeprägt. Aber dieses Verständnis bleibt als grundsätzliche Orientierung.

Hier deutet sich die erhebliche Bedeutung an, die Institutionen der direkten Demokratie für die Schweiz und für ihren Erfolg haben. Indem die Alternative für Deutschland (AD) sich die Forderung zu mehr direkter Demokratie in Deutschland zu eigen gemacht hat, ist diese hierzulande in Miskredit geraten – zu Unrecht. Die frühere Richterin am Bundesverfassungsgericht Gertrude Lübbe-Wolff setzt die Vorzüge und Nachteile direkter Demokratie in ihrem im Jahr 2023 erschienenen Essay „Demophobie“ ins rechte Licht. Unter Berücksichtigung einer Vielzahl von theoretischen und empirischen Analysen zeigt sie die Vorteile der direkten Demokratie auf.

Die ökonomische Evidenz spricht eindeutig für die direkte Demokratie. In den Studien für die Schweiz zeigt sich, dass Kantone oder Gemeinden mit mehr direkter Demokratie geringere Staatsausgaben und -einnahmen, eine geringere Staatsverschuldung, weniger Steuerhinterziehung und mehr Gebühren- und Steuerfinanzierung haben. Sie haben auch weniger Sozialausgaben, erzielen aber dennoch mit weniger Mittelausatz

für die Einkommensumverteilung den gleichen Umverteilungseffekt – gemessen in Gini-Punkten – wie Deutschland.

Diese Effekte auf die öffentlichen Finanzen sind verbunden mit einer höheren Zufriedenheit der Bürger mit dem Staat, mit einer höheren gesamtwirtschaftlichen Produktivität und mit einem stärkeren Wirtschaftswachstum. Für die Vereinigten Staaten finden sich auf der Ebene der Bundesstaaten und der Gemeinden ähnliche Ergebnisse. Für Deutschland lassen diese Ergebnisse sich für nachgeordnete Gebietskörperschaften hingegen nicht bestätigen.

Das hängt zusammen mit einer weiteren identitätsstiftenden Institution der Schweiz, dem Föderalismus. Im Unterschied zu Deutschland und ähnlich wie in den USA ist der Schweizer Föderalismus stark wettbewerbsorientiert organisiert. Die Kompetenzteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden ist in der Schweiz eindeutiger. Auf der Ausgaben-seite finden sich weniger Mischfinanzierungen als in Deutschland und keine Gemeindefinanzierungen. Auf der Einnahmenseite genießen die Kantone eine hohe Steuerautonomie.

Die Einkommen-, Körperschaft-, Vermögen- und Erbschaftsteuern liegen in der Schweiz deutlich niedriger als in Deutschland. Die Gemeinden erhalten autonome Zuschläge auf die Steuerartikeln der Kantone. Der Bund verfügt über eine ergänzende eigene Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie über die Mehrwertsteuer. Hinzu tritt ein Finanzschießensystem, das weit weniger nivellierend und antezedentisch als in Deutschland ist.

Der Schweizer Wettbewerbsföderalismus hat überwiegend positive Wirkungen. Vor allem durch den interkantonalen und kommunalen Steuerwettbewerb sind die Kantone gezwungen, Effizienzreizen zu heben und sich auf die Wünsche der Bürger einzustellen. Das wirkt in die gleiche Richtung wie die direkte Demokratie. Empirische Analysen zeigen, dass dieser fiskalische Wettbewerb wachstumsfördernd ist. Im System der Einkommensumverteilung führt er zu einer geringeren Ungleichheit vor Steuern und Transfers, zu einer höheren Bildung der Beschäftigten und zu wirtschaftsfreundlichen Rahmenbedingungen. Gleichwohl

werden makroökonomische Schocks durch das bestehende System der Staatsfinanzen merklich abgefedert.

Zusammen mit der direkten Demokratie zeigt sich ein Einklang von Handlungsautonomie und Eigenverantwortung, von Entscheidung, Haftung und Kontrolle für das politische Handeln in der Schweiz. In Deutschland ist diese institutionelle Kongruenz hingegen verwischt, nicht zuletzt durch den kooperativen Verwaltungsföderalismus, in dem die Länder kaum Besteuerungskompetenzen haben. Deshalb versuchen ihre politischen Entscheidungsträger, sich stärker über Ausgabenprojekte zu profilieren. Das schwächt die positiven Effekte der direkten Demokratie auf Länder- und Gemeindeebene hierzulande ab.

Das politische System der Schweiz wird durch die beiden identitätsstiftenden Institutionen, direkte Demokratie und Föderalismus, in erheblichem Maße geprägt. Insgesamt ist die Schweizer Politik dadurch auf Konsens ausgerichtet. So besteht die Schweizer Regierung, der Bundesrat, gemäß der „Zauberformel“ noch dem Jahr 1959 aus den gleichen vier Parteien. Die Zusammensetzung des Bundesrates änderte sich lediglich im Jahr 2003, als die Christlichdemokratische Volkspartei (CVP, heute Die Mitte) einen Bundesratsrat an die Schweizerische Volkspartei (SVP) abgab. Gesetzesänderungen sind jedoch durchgehend vom Referendum bedroht. Das sorgt für eine Ausrichtung der Politik an den Wünschen der Bürger.

Der politische Prozess ist in der Schweiz durch das institutionelle Gefüge verlangsamt. Manche politische Sun, die durch das öffentliche Dorf getrieben wird, sind dadurch seltener ihren Weg in die Gesetzgebung. Manches wird erst später und vorsichtiger umgesetzt. Mit der Volksinitiative kann das Volk die Verabschlusung politischer Neuerungen regelmäßig auf die vordere Plätze in internationalen Vergleichen der Wettbewerbsfähigkeit.

Wenn es Deutschland in Reformphasen gelungen ist, sich in solchen Vergleichen vorzuarbeiten, wird es – was gerade wieder passiert – später wieder nach hinten durchgereicht. Dies gilt nicht zuletzt für die Infrastruktur.

Die Schweiz ertüchtigt ihre Infrastruktur durchgehend und sichert so einen wesentlichen Wettbewerbsvorteil. Dabei gibt sie in Prozent ihres BIP weniger für staatliche Erweiterungsinvestitionen aus als Deutschland. So stellt die Schweiz als Erfinderin der Schuldenbremse schließlich finanzpolitisch glänzend da – mit einer Staatschuldenquote von knapp 40 Prozent des BIP, mit einer niedrigen Steuerbelastung in den meisten Kantonen und einer hohen Lebensqualität, die stärker auf Kostenwahrheit ausgerichtet sind.